



Stellungnahme der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland „Kommission Verlässlicher Generationenvertrag“

Hebelstraße 6
D-60318 Frankfurt am Main
Telefon: 069 - 94 43 71 - 0
Telefax: 069 - 49 48 17
E-Mail: zentrale@zwst.org
Internet: www.zwst.org

Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist durch Zuwanderung innerhalb weniger Jahre um mehr als 550% gewachsen. Die Mitgliederstruktur der jüdischen Institutionen hat durch die Zuwanderung seit den neunziger Jahren tiefgreifende Veränderungen erfahren. Die Mehrheit der Gemeindemitglieder weist einen Migrationshintergrund aus Russland, der Ukraine, Weißrussland, dem Baltikum und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion auf.

Hoher Akademikeranteil

Der Anteil der Akademiker liegt deutlich über den Werten anderer Zuwanderergruppen, durch die teilweise Nichtanerkennung der im Herkunftsland erworbenen Abschlüsse, die mangelnde Akzeptanz am Arbeitsmarkt und dem dadurch bedingten Bruch der Erwerbsbiographien fehlen diesen Menschen jedoch die für eine Rente notwendigen Jahre der Zugehörigkeit zum deutschen Rentenversicherungssystem. Auch diejenigen, die eine Integration in den Arbeitsmarkt erreicht haben, erzielen kein ausreichendes Versorgungsniveau, um ohne Grundsicherung im Alter auszukommen. Im Herkunftsland erworbene Altersrenten – vorausgesetzt, dass sie in Deutschland auszahlungsfähig sind – werden auf die Grundsicherung angerechnet. Dies ist nach geltendem Recht verhältnismäßig und angemessen und gilt für jeden Bezieher von Grundsicherungsleistungen gleichermaßen.

Während rd. 2,4 % der deutschen Rentner auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind, liegt die Quote bei den jüdischen Zuwanderern mit über 50% um ein Vielfaches höher.

Ausschluss vom Fremdrentengesetz

Trotz teilweise gleicher regionaler Herkunft und beruflicher Tätigkeit bestehen gravierende Unterschiede zur Gruppe der Spätaussiedler. Diese können Renten nach dem Fremdrentengesetz erhalten, in deren Berechnung auch Erwerbszeiten einbezogen werden, die im Herkunftsland erzielt wurden. Die jüdischen Zuwanderer sind diesen Ansprüchen nach dem Fremdrentengesetz ausgeschlossen, obwohl auch ihre Aufnahme in der Verantwortung der deutschen Geschichte begründet liegt.

Rund 12.000 der unter humanitären Gesichtspunkten aufgenommenen Personen wurde in der Zeit vor 1945 geboren. Die jüdische Bevölkerung der von Deutschland im zweiten Weltkrieg überfallenen Staaten war einem unvergleichlich höheren Flucht und Vertreibungsdruck ausgesetzt, als die übrige Bevölkerung. Sie konnten nicht warten, wie Fronten, Belagerungen und Besetzungen verlaufen, sondern mussten frühzeitig Entwicklungen antizipieren und flüchten. Das Risiko, unter deutsche Besatzung zu gelangen bedeutete angesichts der vor Ort handelnden Einsatzgruppen den sicheren Tod.

Erfolge der nachfolgenden Generation

Die nachfolgende Generation ist erfolgreich integriert und begreift sich als selbstverständlicher Teil der Deutschen Zivilgesellschaft. Sie hat sich als bildungsaffin und aufstiegsorientiert erwiesen und ist als Leistungsträger in der Mitte der deutschen Gesellschaft, der Arbeitswelt und den jüdischen Gemeinden angekommen. Die junge jüdische Generation in Deutschland engagiert sich aktiv für unsere Gesellschaft – sei es im politischen, sozialen oder kulturellen Umfeld.

Das von uns gemeinsam mit Ihnen zu lösende Problem ist degressiv und allein auf die Milderung der Härten der Zuwanderung hin ausgerichtet.

Fondlösung

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien vereinbart, für Härtefälle in der Grundsicherung im Rentenüberleitungsprozess, einen Ausgleich durch eine Fondslösung zu schaffen und dies auch für die Gruppe der jüdischen Kontingentflüchtlinge zu prüfen.

Die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden setzt sich dafür ein, dass für diese Menschen eine, ihre Lebensleistung würdigende und der von ihnen erbrachten Opfer angemessene Lösung gefunden wird. Hierzu stehen wir mit unserer Expertise als Partner der Politik bereit und bitten die Rentenkommission um einen konstruktiven Dialog.

Frankfurt, 11. Juli 2018